Bezugspreis: Halbmonatlich in Neuenbürg 75 Goldpfennige. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 75 Goldpfennig m. Postbestellgebühr. Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfennige.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfennig mit Inf.-Steuer. Kollekt.-anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 2 Mill. ℳ. Rekl.-Zeile 50 Goldpfennig.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 116. | Neuenbürg, Samstag, den 17. Mai 1924. | 82. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Der Landtag wird am 20. Mai zusammentreten. Die dem alten Landtag zugedachten offiziellen Abschiedstränen bleiben ungeweint. Sang- und klanglos ist sein Zerfall, nachdem er in seiner letzten Sitzung vor 4 Wochen noch eine Regierungskrise heraufbeschworen, sie aber bald darauf durch einen Zwischenlösungsakt und Neuwahl eines Staatspräsidenten wieder beigelegt hatte. Dieses Provisorium soll beim Zusammentritt des neuen Landtags sein Ende finden. Wie die Neulösung ausfällt, darüber sind die Parteien noch nicht einig. Es scheint, daß man in Württemberg bei der allgemeinen Ratlosigkeit die Lösung der Regierungsfrage im Reiche abwarten will, um dann in Land wie im Reich eine konforme Regierung zu bilden. Ein umstrittener Posten im neuen Landtag wird der des Landtagspräsidenten sein, um den sich sowohl das Zentrum wie die Rechte bewerben. Das Zentrum macht geltend, daß es mit seinen 17 Abgeordneten zwar gleich stark sei wie der Bauernbund, aber infolge der größeren Stimmenzahl, die es bei den Wahlen aufgebracht habe, als die stärkste Partei anzusehen sei und daher Anspruch auf den Präsidentenposten erheben könne. Andererseits erklärt die Rechte, daß sie infolge des Zusammenschlusses der Württ. Bürgerpartei und des Bauernbundes mit zusammen 25 Abgeordneten die stärkste Partei bilde und den Präsidentenstuhl beanspruche. Bei der großen Machtfülle eines Landtagspräsidenten ist diese Frage von Bedeutung. Nach der bisher von deutschen Parlamenten geübten Praxis kommt in solchen Fällen nur die Stärke einer Partei, wie sie aus dem Wahlkampf hervorgegangen ist, in Betracht, nicht ihre Stärke bei späterer Veränderung durch Vereinigung mit einer anderen Partei, so daß das Zentrum die größte Anwartschaft auf den Platz des Präsidenten hat.

Ein bei uns in Süddeutschland zu wenig beachtetes Ereignis findet am nächsten Sonntag im Norden unseres Vaterlandes statt. Die hannoveranischen Loslösungsbestrebungen gehen langsam ihrer Entscheidung entgegen. Nach Artikel 18 Abs. 4 der Reichsverfassung darf die Reichsregierung die endgültige Abstimmung über die Loslösung erst anordnen, wenn zuvor ein Drittel der zur Reichstagswahl berechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebietes diese verlangt haben. Diese Vorabstimmung über den von den Welfen veranlaßten Volksentscheid über die Loslösung Niedersachsens aus dem preußischen Staatsverbande findet in den preußischen Regierungsbezirken Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade und Osnabrück am 18. Mai statt. Seit bald 50 Jahren, als im Jahre 1866 Hannover unter Abweisung seines Friedensangebotes auf Grund der Gewalt des übermächtigen preußischen Siegers seiner Selbständigkeit beraubt und dem preußischen Staatsverbande einverleibt wurde, hat die Welfenfrage die Gemüter erregt.

Ein Ergebnis größter außenpolitischer Wirkung brachten die französischen Wahlen. Bei unseren Wahlen wurde ein Ruck nach rechts, in Frankreich ein Ruck nach links erwartet. Daß daraus sogar ein Sieg der Linken entstände, war für alle doch überraschend. Eine solch große Niederlage des Nationalen Blocks, also damit Poincarés, hatte niemand vorausgesehen. Die Folgen machen sich bereits bemerkbar. Schon hat Poincaré auf den 1. Juni seinen Rücktritt angekündigt. Wenn auch in Frankreich kein großes und plötzliches Abweichen in der Außenpolitik zu erwarten ist, so ist doch eine wenigstens in ihren Mitteln maßvollere und zurückhaltendere Politik zu gewärtigen. Allein unter diesem Gesichtspunkt ist auch der neuerliche französische Frankensturz anzusehen. Wenigstens wird er vom Auslande als ein Anzeichen aufgefaßt, dafür, daß die neue französische Regierung, um die Reparationsregelung zu beschleunigen, in der Frage der Höhe der deutschen Schuld Zugeständnisse machen werde.

Deutschland.

Mannheim, 16. Mai. Das französische Kriegsgericht in Mainz hat den hiesigen Kaufmann Johann Sattler wegen Handels mit Kokain zu 3 Jahren Gefängnis und 500 Goldmark und den Georg Steinel aus Ludwigshafen ebenfalls wegen Kokainhandels zu 5 Jahren Gefängnis und 1000 Goldmark verurteilt. Sattler gab vor Gericht zu, Kokain pfundweise verkauft zu haben.

Essen, 16. Mai. Der in dem Düsseldorfer Prozeß zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilte Hauptmann der Schutzpolizei Pohl ist, wie die „Rheinisch-westfälische Zeitung“ meldet, am Montag plötzlich nach Frankreich gebracht worden.

Berlin, 16. Mai. Das Verfahren gegen den Oberleutnant a. D. Roßbach, von dessen Ausgang bekanntlich die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Aufrechterhaltung des Verbots des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes seinerzeit abhängig gemacht worden war, hat, wie verlautet, zunächst seinen einstweiligen Abschluß gefunden. Das Verfahren gegen Roßbach selbst ist „wegen Abwesenheit“ des Angeschuldigten vorläufig eingestellt worden. Elf Genossen Roßbachs sind sämtlich außer Verfolgung gesetzt worden.

Der neue bayerische Landtag.

München, 15. Mai. Heute nachmittag war der Landeswahlausschuß in den Verwaltungsgerichtshof-Sitzungssaal einberufen, um die endgültige Zusammensetzung des Bayerischen Landtages festzustellen. Das parteipolitische Bild des neuen Landtags ergibt darnach folgende Konstellation: Bayerische Volkspartei 46 Sitze, Völkischer Block und Vereinigte Sozialisten je 23 Sitze, Nationale Rechte 11 Sitze, Bayerischer Bauernbund und Mittelstandsbund 10 Sitze, Kommunisten 9 Sitze, Deutscher Block, Demokraten, 3 Sitze, Nationalliberale Landespartei, Christlich-Soziale, Zentrum und Beamtengruppe Gratosiel je 1 Sitz, zusammen insgesamt 129 Sitze. Der Landtag wird wahrscheinlich erst Ende Mai, wenn nicht Anfang Juni, einberufen werden.

Rücktrittsforderung der Deutschnationalen von der Reichsregierung abgelehnt.

Berlin, 16. Mai. Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei hat in ihrer gestrigen Sitzung folgende Entschließung gefaßt: „Wir fordern, daß die gegenwärtige Reichsregierung entsprechend dem Ausfall der Wahl, der den veränderten politischen Willen des Volkes festgestellt hat, dem Reichspräsidenten alsbald ihren Rücktritt anbietet. Die gegenwärtige Regierung entbehrt jeglichen Rechts, Deutschland in den Verhandlungen über das Sachverständigen-Gutachten noch entscheidend zu vertreten. Wir erheben entschieden Einspruch dagegen, daß das Kabinett etwa die Gesetzentwürfe zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens der Reparationskommission vorlegt oder auch nur in den vorbereitenden Verhandlungen dem Organisationskomitee irgendwelche Erklärungen über den Standpunkt der deutschen Regierung abgibt oder abgeben läßt. Die Deutschnationale Volkspartei wird derartige Erklärungen nicht als für sich bindend anerkennen.“

Berlin, 16. Mai. Die Reichsregierung ist, wie wir erfahren, auch angesichts des Beschlusses des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei entschlossen, pflichtgemäß die ihr übertragenen Regierungsgeschäfte nicht vor dem Zusammentritt des Reichstages aus der Hand zu geben. Sie hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Deutschland in den Verhandlungen über die Sachverständigengutachten zu vertreten und die zur Durchführung der Gutachten erforderlichen Gesetzentwürfe vorzubereiten, sowohl im Hinblick auf die immer bedrohlicher werdende Kreditkrise, die finanziellen und wirtschaftlichen Erfordernisse Deutschlands, die ohne jeden Aufschub befriedigt werden müssen, wie auch in dem Bewußtsein, dadurch dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes und der Mehrheit des neuen Reichstags zu entsprechen. Der von der Reichsregierung vertretene Standpunkt hinsichtlich der Sachverständigengutachten wird nach den eigenen Erklärungen geteilt von der sozialdemokratischen Partei, von der Zentrumspartei, von der Deutschen Volkspartei, von der Demokratischen Partei und auch von der Bayerischen Volkspartei, die auch im neuen Reichstag auf jeden Fall über eine größere Stimmenzahl verfügen, als eine etwaige gemeinsame Opposition der Deutschnationalen Volkspartei, der Kommunistischen Partei und der Völkischen Freiheitspartei. Bei dieser Sachlage erachtet die Reichsregierung den Beschluß des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei als nicht im Einklang stehend mit den tatsächlichen Verhältnissen, wie sie sich nach der Willenskundgebung des deutschen Volkes bei den Reichstagswahlen ergeben haben. Die Reichsregierung sieht auch in dem Beschluß des Parteivorstandes der Deutschnationalen Volkspartei eine ernste Gefährdung der deutschen Interessen in der Außenpolitik. Ueber die Gründe, die die Reichsregierung zu ihrer Stellungnahme zu den Sachverständigengutachten gezwungen haben, sind die Parteiführer der Deutschnationalen von der Reichsregierung eingehend unterrichtet worden, ohne daß es gelang, die deutschnationalen Vertreter zu einer positiven Erklärung zu bewegen. Auch sonst liegt immer noch keine klare und bindende Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei darüber vor, wie sie die Erledigung der Sachverständigengutachten sich denkt, vielmehr wächst von Tag zu Tag die Unklarheit über ihre Absicht.

Vorläufige Ablehnung durch das Zentrum.

Berlin, 16. Mai. Der Notenwechsel, wenn man es so ausdrücken darf, zwischen Deutschnationalen und der Reichsregierung wird, da die Antwort erst um die Mitternachtsstunde den Berliner Blättern zuging, von diesen so gut wie gar nicht kommentiert. Nur in der „Germania“ heißt es in der Verteidigung des Entschlusses der Regierung, vorläufig noch nicht die Segel zu streichen: „Die Vorarbeiten — in Angelegenheit der Sachverständigen-Gutachten — gehören nicht mehr zu den Rechten, sondern auch zu den Pflichten der Regierung. Deutschlands wohlverstandenes Interesse verlangt etwas anderes, als die Forderungen der deutschnationalen Fraktion, deren Resolution vorläufig ein Stück Papier bleiben dürfte.“ In einer Zuschrift, die die „Germania“ noch an leitender Stelle veröffentlicht und von der ausdrücklich erklärt wird, daß sie nicht aus Parteikreisen stamme, die mit der Reichsregierung in Verbindung stehen, wird dann noch mit Entschiedenheit erklärt, „das Kabinett dürfe nicht zurücktreten; würde die Regierung Marx gestürzt, so müßte auch die neue Regierung eine Regierung der Mitte sein“.

Ausland.

Rom, 16. Mai. Ministerpräsident Mussolini reist Samstag abend nach Mailand, wo er mit den belgischen Ministern zusammentrifft.

Junge Deutsche in der belgischen Armee.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß dieses Jahr die jungen Leute von Eupen und Malmedy im dienstfähigen Alter zum erstenmal in die belgische Armee eingestellt werden. Sie werden in das 15. Linienregiment eingeordnet und in Verviers untergebracht, wo sie zunächst eine eigene Abteilung bilden werden. Die Unterweisung wird in deutscher Sprache durch einen aus Malmedy stammenden Unteroffizier vorgenommen werden.

Die deutsche Sprache in der französischen Kammer.

Beim Zusammentreten der französischen Abgeordnetenkammer im Juni wird die deutsche Sprache als offizielle Sprache zugelassen werden. Der neue kommunistische Abgeordnete Hucher aus dem Elsaß beabsichtigt, seine erste Rede in deutscher Sprache zu halten. Hucher, der wahrscheinlich nur von einer sehr geringen Anzahl seiner Kollegen in der Kammer verstanden werden wird, behauptet, die deutsche Sprache wäre die einzige, die er gründlich kenne, und er sei nicht imstande, an einer Debatte in französischer Sprache teilzunehmen.

Ein weiterer Kammersitz für die Kommunisten in Paris.

Bei der Nachprüfung der Wahlergebnisse im ersten Pariser Wahlbezirk hat sich ergeben, daß der kommunistischen Liste 6000 Stimmen zugeteilt worden waren. Infolgedessen vermindert sich die Zahl der dem Nationalen Block zugefallenen Abgeordneten um einen, den die Kommunisten noch erhalten. — Das Wahlergebnis von Guadeloupe ist nunmehr bekannt geworden. Hiernach ist die Liste der Republikanisch-Radikalen Union gewählt worden. Gewählt ist der ehemalige Abgeordnete Candace, sozialistischer Republikaner, und der Advokat François.

Entscheidende Rolle der französischen Sozialisten.

Paris, 16. Mai. Das Rätselraten über die Zusammensetzung der künftigen französischen Regierung hat vorderhand aufgehört. Von den Sozialisten hängt jetzt alles ab. Wenn sie in das Kabinett Herriot eintreten, so wird eine Annäherung an Briand und einige Persönlichkeiten der gemäßigten Republikaner stattfinden. Im Lager der Sozialisten herrscht Uneinigkeit über die Frage, ob außergewöhnliche Umstände den Eintritt in eine bürgerliche Regierung begründen. Blum will einer linksrepublikanischen Regierung wohlwollende Unterstützung der Sozialisten gewähren. Boncours und Auriol beantragen dagegen die Bildung eines ausgesprochenen Kartell-Kabinetts mit einem fest formulierten innen- und außenpolitischen Programm. In zwölf Tagen wird im Nationalrat der sozialistischen Partei die Entscheidung fallen. Man glaubt aber, daß sich aus der Zusammensetzung der künftigen deutschen Regierung wichtige Gesichtspunkte für die Bildung der französischen ergeben.

Eine Hinterlassenschaft Poincarés.

Paris, 15. Mai. Dem „Oeuvre“ zufolge ist in dem französisch-deutschen Sportleben ein Zwischenfall entstanden durch die Tatsache, daß die französischen Behörden einem deutschen Rennfahrer, nämlich dem bekannten Stellbrink, der von einer französischen Radrennbahn für eine Fahrt gewonnen worden war, die Einreiseberechtigung verweigert haben. Die Weisung ging von dem französischen Konsul in Frankfurt aus, der aus Paris Anordnung erhalten haben soll, sich der Einreise deutscher Sportsleute nach Frankreich zu widersetzen. Dem „Oeuvre“ zufolge ist die Tatsache im hiesigen Ministerium des Aeußern bestätigt worden, wo die zuständigen Stellen erklärt hätten, daß die entsprechenden Anordnungen von Poincaré selbst stammten. Poincaré, so schreibt „Oeuvre“, scheint ernstlich zu denken, daß die Teilnahme oder Mitwirkung deutscher Sportleute bei französischen Wettbewerben geeignet ist, den Frieden zu stören.

Französisch-englisches Gegenspiel.

London, 16. Mai. Neuerdings versuchen die in Frankreich bei den Wahlen unterlegenen Parteien nach Kräften zwischen England und Frankreich Mißtrauen zu säen und Konflikte herbeizuführen. Pertinax und andere französische Journalisten haben heute morgen behauptet, daß die englische Regierung bereits vor dem Kabinettswechsel durch halbamtliche Abgesandte den Versuch machen wollte, mit den französischen Parteiführern der Linken in Verbindung zu treten, und daß diese Gesandten beauftragt seien, den französischen Politikern nahe zu legen, die Reparationsfrage bis zu einer im September vom Völkerbund einzuberufenden Reparations-Kommission in Genf zu vertagen. Das Reuter-Büro ist amtlich beauftragt worden, diese Pariser Nachricht als freie Erfindung zu bezeichnen, da die englische Regierung nach wie vor daran festhalte, daß eine möglichst baldige und vollständige Annahme des Sanierungsplans der Sachverständigen durch alle alliierten Länder und Deutschland der geeignetste Weg ist, um die Reparationsfrage zu lösen.

Rumäniens Absage an Frankreich.

Paris, 16. Mai. Der „Information“ wird aus Bukarest gemeldet, daß die rumänische Regierung auf den Abschluß eines Bündnisvertrages mit Frankreich zu verzichten beabsichtige, hauptsächlich in dem Wunsche, weiterhin gute Beziehungen mit Großbritannien zu unterhalten. Der rumänische Außenminister Duca habe während seines letzten Besuchs in London der englischen Regierung bestimmte Aufschlüsse in dieser Hinsicht erteilt.

Schwierige Lage der Franzosen in Syrien.

Nach kemalistischen Meldungen wachsen sich die Kämpfe in Südsyrien zu wahren Feldschlachten aus, wobei die Lage der Franzosen immer kritischer wird. In ganz Syrien verbreitete sich der Ruf: „Hinaus mit den Franzosen!“

Die Deutschensperre in Australien.

Melbourne, 16. Mai. Premierminister Bruce kündigte an, daß das Verbot der Einwanderung von Deutschen 1925 erlöschen werde. Zu dieser Zeit könne das Parlament, wenn es gewünscht werde, die Deutschen unbeschränkt zulassen. Unterdessen könne die Zulassung von Deutschen nach diskretionärem Ermessen erfolgen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedanken.

Singet aus Herzensgrund!

Für allen Freuden auf Erden
Kann niemand kein feiner werden,
Denn die ich geb mit mein Singen
Und mit manchem süßen Klingen.

Luther.

Wenn ihr traurig seid und die Melancholie will überhand nehmen, so sprecht: Auf, ich muß unserem Herrn Christo ein Lied anschlagen auf dem Regal; denn die Schrift lehret mich, er höre gerne fröhlichen Gesang und Saitenspiel. Und greift

gehen, wie David und Elisäus taten. Kommt der Teufel wieder und gibt euch eine Sorge oder traurige Gedanken ein, so wehret euch frisch und sprecht: Aus, Teufel! Ich muß jetzt meinem Herrn Christo singen und spielen. Luther.

Werdet voll Geistes und redet untereinander in Psalmen und Lobgesängen und geistlichen lieblichen Liedern und singet dem Herrn mit eurem Herzen. Paulus.

— Die Oberpostdirektion Stuttgart hat den Postmeister Bernhardt in Wildbad nach Tettnang auf Ansuchen versetzt sowie die Postmeisterstelle in Herrenalb dem Postinspektor Konzelmann in Stuttgart übertragen.

Neuenbürg, 17. Mai. Da vielen Sparern die Wirkung der Kapitalisierung der Zinsen nicht bekannt ist, wollen wir solche in folgender Tabelle anschaulich darstellen.

Eine Einlage von 100 Mk. erfährt bei 10 Proz. Zinseszins folgende Vergrößerung:

Jahre	Einlage ℳ	10% Zins ℳ	Gesamtbetrag ℳ
1	100.—	10.—	110.—
2	110.—	11.—	121.
3	121.—	12.10	133.10
4	133.10	13.30	146.40
5	146.40	14.60	161.—
6	161.—	16.10	177.10
7	177.10	17.70	194.80
8	194.80	19.50	214.30
9	214.30	21.40	235.70
10	235.70	23.60	259.30

In 10 Jahren wächst eine Einlage:

von	100 ℳ	auf	259 ℳ	also um		159 ℳ	Zins
„	200 ℳ	„	518 ℳ	„	„	318 ℳ	„
„	300 ℳ	„	777 ℳ	„	„	477 ℳ	„
„	400 ℳ	„	1 036 ℳ	„	„	636 ℳ	„
„	500 ℳ	„	1 295 ℳ	„	„	795 ℳ	„
„	1 000 ℳ	„	2 590 ℳ	„	„	1 590 ℳ	„
„	2 000 ℳ	„	5 180 ℳ	„	„	3 180 ℳ	„
„	5 000 ℳ	„	12 950 ℳ	„	„	7 950 ℳ	„
„	10 000 ℳ	„	25 900 ℳ	„	„	15 900 ℳ	„

Wer sein Geld zinslos liegen läßt, schädigt alle, sich selbst aber am meisten; ist das vernünftig? —

Deunach, 17. Mai. Hier brachte eine Kalbel ein Kalb zur Welt, das 8 Füße, vier auf dem Rücken, vier vorne, 1 Kopf und 2 Schwänze hatte. Die Kalbel mußte geschlachtet werden. Das Kalb ist tot. Die Abnormität ist in einem Hause gegenüber dem Gasthaus zum Hirsch zu sehen.

Wildbad, 16. Mai. Gestern war Herr Bolz, württembergischer Staatsminister des Innern und der Finanzen, in dienstlicher Reise hier. Die Herren Direktor v. Groß und Ministerialrat Kuhn aus Stuttgart begleiteten ihn. Nach einer eingehenden Besichtigung der Gebäude und Anlagen der staatlichen Badeverwaltung statteten die Herren der Versorgungskuranstalt einen Besuch ab, fuhren zu ganz kurzem Aufenthalt auf den Sommerberg und reisten am gleichen Abend wieder zurück nach Stuttgart.

Vermischtes.

Straßberg i. Hoh., 16. Mai. Im hiesigen Sägwerk von Knecht wurde der 17 Jahre alte Hilfsarbeiter Franz Deusel tot aufgefunden. Er hatte in der Brust unmittelbar am Herz eine Verletzung, vermutlich durch ein Lattenstück, mit dessen Hilfe er, wie man annimmt, den Transmissionsriemen auflegen wollte, wobei ihm das Lattenstück in die Brust gestoßen worden sein dürfte.

Ertappte Engelmacher. Kürzlich wurde laut Dresdener Polizeibericht die Arbeitersfrau J. wegen Abtreibung in verschiedenen Fällen festgenommen. Die eingehende polizeiliche Untersuchung ergab, daß die Frau J. sich nicht nur gegen das keimende Leben verging, sondern lebendige Kinder in bestialischer Weise umgebracht hat. Sie nahm Frauen tagelang in ihrer Wohnung an, wobei die Geburt beschleunigt, die neugeborenen Kinder mit Decken erstickt, mit Petroleum begossen und im Ofen verbrannt wurden. Auch büßten einige Mütter durch die unsachgemäße Behandlung ihr Leben ein. Der Ehemann, sowie ein Mittäter, wurden ebenfalls festgenommen. Die polizeilichen Ermittlungen schweben noch.

Nachforschungen nach den Opfern des „Toten Mann“. Vor einiger Zeit brachten wir der französischen Presse entnommene Mitteilungen über die Auffindung deutscher Kriegerleichen in einem unterirdischen Gang am Toten Mann bei Verdun. Die Zentralnachweisestelle für Kriegsverluste und Kriegergräber in Spandau unternahm sofort durch Vermittlung der französischen Militärmission in Berlin Schritte, um die Feststellung der Toten herbeizuführen. Die französischen Dienststellen haben im allgemeinen die Tatsache bestätigt, aber hinzugefügt, daß infolge der gegenwärtigen ungünstigen Witterungs- und Bodenverhältnisse — Erdrutschgefahr — das Vordringen in die ausgedehnten unterirdischen Gänge zurzeit unmöglich erscheine. Sobald sich die Gelegenheit bietet, sollen die nötigen Feststellungen umgehend getroffen und ihre Ergebnisse vom Zentralnachweisamt mitgeteilt werden. Das Amt wird die erhaltenen Auskünfte veröffentlichen, sowie ohne besonderen Antrag die Angehörigen der bisher als „vermißt“ geführten und jetzt als tot festgestellten Krieger schnellstens benachrichtigen.

Das letzte japanische „Brautschiff“. Nach der jetzt zwischen beiden Häusern des Kongresses getroffenen Vereinbarung wird die Bestimmung gegen die Japanereinwanderung endgültig am 1. Juli d. Js. in Kraft treten. Es ist festgestellt worden, daß, falls Präsident Coolidge das Gesetz mit seinem Veto belegt, eine genügende Mehrheit vorhanden ist, um auch das Veto durch die verfassungsmäßig vorgeschriebene erneute Abstimmung unwirksam zu machen. Infolge dieser Sachlage ist, wie aus San Francisko gemeldet wird, dort der japanische Dampfer „Korea Maru“ nach Japan in See gegangen mit nicht weniger als 200 jungen Japanern an Bord, die in großer Eile nach Hause fahren, um sich von dort ihre japanischen Bräute zu holen und mit diesen vor dem Inkrafttreten des Gesetzes nach den Vereinigten Staaten zurückzukehren. In Zukunft wird den schon berühmt gewordenen Fahrten dieser japanischen „Brautschiffe“ ein Ende gesetzt sein.

Neueste Nachrichten.

Karlsruhe, 16. Mai. Amtlich wird mitgeteilt: Nach den vorliegenden Meldungen und bekanntgemachten Vorbereitungen besteht in bestimmten Kreisen die Absicht, die Schlageter-Gedächtnisfeier in Schönau zu einer großen politischen Demonstration auszugestalten. Hierfür kann die Ausnahmebewilligung von dem Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel nicht gegeben werden. Der geplante Feldgottesdienst und die geplante Gedächtnisrede, wie auch die Versammlung unter freiem Himmel müssen daher unterbleiben. Den Veranstaltern ist eine entsprechende Mitteilung zugegangen.

München, 15. Mai. Das Ermittlungsverfahren gegen Kahr, Lossow und Seisser wurde heute eingestellt. In der Begründung der Entscheidung des Gerichts heißt es einleitend, daß ein Beweis dafür, daß die drei Herren am 8. November mitgemacht hätten, nicht erbracht werden konnte.

München, 16. Mai. Bei Wiederherstellungsarbeiten am Alzwerk-Kanal sind 5 Arbeiter durch Sandmassen verschüttet worden. Drei wurden bereits tot aufgefunden.

Offenbach, 15. Mai. Vor dem hiesigen großen Schöffengericht standen heute 13 Kommunisten, die sich an einer von der Kommunistischen Partei gebildeten roten Hundertschaft beteiligt hatten. Die Hundertschaft wurde gelegentlich einer Haussuchung entdeckt, wobei ferner festgestellt wurde, daß auf Weisung der kommunistischen Partei in einem hiesigen Werk Handgranaten hergestellt wurden. Das Gericht verurteilte 3 Angeklagte zu je 5 Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten kamen mit kleinen Geldstrafen davon. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Usingen im Taunus, 17. Mai. Etwa 1000 Meter diesseits der Grenze des besetzten Gebietes wollten zwei französische Soldaten in Uniform in einem Weiher mit Sprengstoff fischen. Als ein Förster sie auf die Ungesetzlichkeit ihrer Handlung aufmerksam machte, ging einer der Soldaten sofort mit einem Messer dem Förster zuleibe. Der Sohn des Försters schoß darauf auf den Angreifer und verletzte ihn schwer. Die Franzosen haben den Verwundeten über die Grenze ins besetzte Gebiet geschafft. Die deutschen Behörden haben eine Untersuchung des Falles eingeleitet.

Köln, 15. Mai. Nach der „Kölnischen Zeitung“ hat die Verwaltung der Textilindustrie A. G. „Tiag“ in Barmen wegen Illiquidität des Unternehmens nunmehr gestern den Antrag auf Stellung unter Geschäftsaufsicht gestellt, nachdem vor wenigen Tagen vom Verwaltungsrat mitgeteilt worden war, daß das Unternehmen nicht an Geschäftsaufsicht denken werde.

Oberhausen, 16. Mai. In der gestrigen Nacht drangen 60–70 Arbeiter gewaltsam in die Zeche „Radbod“ ein, mißhandelten die Wächter und Notstandsarbeiter und versuchten, diese von den Zechenanlagen zu verdrängen. Auf die Hilferufe der Mißhandelten schritt die Polizei ein und verfolgte die Ruhestörer. Zehn der Beteiligten wurden festgenommen.

Essen, 16. Mai. Seit gestern wird auf der Krupp'schen Fabrik nur noch mit einer verkürzten Arbeitszeit von sechs Stunden täglich gearbeitet. Fabrikbetriebe mit Doppelschicht arbeiten hintereinander zweimal sechs Stunden. Diese Maßnahme wird auf Kohlenknappheit und Koksmangel zurückgeführt.

Horst, 16. Mai. Zum ersten Male bei sozialen Kämpfen im Ruhrgebiet werden jetzt auch Frauen von den Gewerkschaften zur Beteiligung am Kampfe aufgefordert. So fanden in diesen Tagen im Ruhrgebiet zahlreiche Versammlungen von Frauen der streikenden Bergarbeiter statt. Die Versammlungen waren durchweg stark besucht. Es wurden Entschließungen angenommen, in denen die Streikenden aufgefordert werden, den Kampf bis zum Ende durchzuführen. In Karnap demonstrierten die Frauen der streikenden Bergarbeiter vor dem Rathause. Sie wurden durch die Polizei mit Schreckschüssen auseinandergetrieben.

Berlin, 15. Mai. Das endgültige amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen bestätigt im Wesentlichen die bereits gemeldeten Stimmzahlen und Mandate. Lediglich auf die Landliste entfallen nach der endgültigen Auszählung 10 Mandate, statt der bisher gemeldeten 9.

Berlin, 16. Mai. Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich heute auf einer Tagung mit dem allgemeinen Kampf um den Acht-Stundentag und die Aussperrung der Bergarbeiter. Die Bundesausschuß stellte sich einmütig hinter die Forderungen des Bergarbeiterverbandes und sicherte den ausgesperrten Bergarbeitern volle Unterstützung zu. — Die sozialdemokratische Arbeiterjugend Groß-Hamburgs ruft zu einem großen Demonstrationszug für Samstag auf. In ihrem Manifest fordert sie den Kampf gegen die Gespenster der Vergangenheit. Die Demonstration richte sich gegen die Ereignisse in Halle.

Braunschweig, 16. Mai. Dem Landtag ist eine Regierungsvorlage zugegangen, welche die Auseinandersetzung zwischen dem braunschweigischen Staat und dem vormals regierenden Herzoghaus zum Gegenstand hat. Danach würden dem ehemaligen herzoglichen Haus in der Hauptsache das Schloß in Braunschweig, die zu dem ehemaligen Jagdrevier gehörigen Forsten und die Güter Heimburg, Hessen und Lichtenberg einschließlich der bei Hessen und Lichtenberg gelegenen Forsten, ferner das Gestüt zu Harzburg zufallen. Dafür erkennt das herzogliche Haus an, daß das Kammergut und die ehemalige Hofstatt sich im Eigentum des Staates befinden und verzichtet auf alle in dieser Richtung zu erhebenden Rechtsansprüche. Eine besondere Regelung ist hinsichtlich des Landesmuseums und der Landesbibliothek vorgesehen.

Königshütte, 16. Mai. Nach dem „Oberschlesischen Kurier“ sieht sich die Königshütte infolge einer Absatzkrise gezwungen, zwei Hochöfen und 2 Kokereianlagen stillzulegen. Einzelne andere Betriebe, die Kupferfabrik und die Ziegelei, sollen nur noch an drei Tagen in der Woche arbeiten.

London, 17. Mai. Der König und die Königin von Italien werden am 26. Mai in London eintreffen. Der Prinz von Wales wird sie in Dover bewillkommnen. Von Dover wird die italienische Königsfamilie nach London weiter reisen.

London, 16. Mai. Das Unterhaus hat den Antrag auf Nationalisierung der Bergwerke mit 264 gegen 168 Stimmen abgelehnt.

Newyork, 15. Mai. Heute trat die in Amerika zu Besuch weilende Gruppe der Oberammergauer Passionsspieler mit Anton Lang an Bord des Dampfers „Albert Ballin“ die Heimreise an.

Washington, 17. Mai. Der Einwanderungsgesetzentwurf, der die Ausschließung der Japaner nach dem 1. Juli vorsieht, und das Gentleman-Abkommen mit diesem Lande beendet, ist gestern dem Präsidenten Coolidge vorgelegt worden, nachdem er vorgestern von den beiden Häusern des Kongresses mit großer Mehrheit angenommen worden war, nämlich vom Repräsentantenhaus mit 508 gegen 103 und vom Senat mit 69 gegen 9 Stimmen. Der Präsident wird den Gesetzentwurf wahrscheinlich an das Arbeitsministerium und das Staatssekretariat senden, bevor er einen Entschluß über die Einlegung eines Vetos faßt.

Peking, 17. Mai. Ein Unbekannter ließ gestern abend im Hause des Ministers des Aeußern, Wellington Koo, eine Schachtel mit dem Bemerken zurück, sie enthalte Gegenstände für des Ministers persönlichen Gebrauch. Den Absender zu nennen, weigerte er sich. Wellington Koo ordnete gestern mittag an, die Schachtel zu öffnen, während er selbst in seinem Studierzimmer verblieb. Als die Diener den Deckel abnahmen, explodierte eine in der Schachtel befindliche Bombe und verwundete drei Diener, deren Zustand bedenklich ist.

Der Stuttgarter Separatistenprozeß.

Stuttgart, 16. Mai. Am heutigen zweiten Verhandlungstag vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gegen die der Beihilfe zum Hochverrat angeklagten elf Separatisten aus der Pfalz und aus Baden wurden zunächst die Anträge der Verteidigung auf Vernehmung zweier Belastungszeugen für den angeklagten Separatisten Gilcher aus Lauterecken in der Pfalz abgelehnt. Dann wurde in der Vernehmung der Angeklagten fortgefahren. Der Angeklagte Emil Walz, Schneider aus Ludwigshafen, 22 Jahre alt, gebürtig aus Rheinau bei Mannheim, gibt an, daß er nach Aufgabe des passiven Widerstandes zum Eintritt in die separatistische Bewegung aufgefordert worden sei, daß er sich später in Speyer an der Besetzung bzw. Bewachung des Postgebäudes und des dortigen Stadtgebäudes als Separatist beteiligt habe, daß er mit einer grün-weiß-roten Armbinde versehen und mit einem Gewehr bewaffnet worden sei. Darüber hinaus wird ihm von der Anklage zur Last gelegt, daß er im Oktober in Speyer gegen die sich ansammelnden Volksmassen, die sich gegen die Besetzung der Post, des Stadthauses und des Regierungsgebäudes in Speyer auflehnten, in besonders roher Weise vorgegangen sei, Leute mißhandelt, mit dem Gewehrkolben zurückgestoßen und sich später auch bei der Besetzung des Finanzamtes in Ludwigshafen durch die Separatisten betätigt habe. Im Besitze dieses Angeklagten wurden zwei Scheckbücher vorgefunden, von denen einige Blätter von dem Angeklagten ausgefüllt und weiter gegeben worden waren. Der Angeklagte will diese Scheckbücher „lediglich aus Langeweile“ ausgefüllt haben und leugnete, auf die Scheckbücher Geld erhoben zu haben. Außerdem legt die Anklage Walz qualifizierten Landfriedensbruch, begangen durch Teilnahme an Plünderungen, zur Last. Der letzte der Angeklagten, gegen die zunächst verhandelt wird, ist der Kaufmann Ludwig Steinbrecher aus Ludwigshafen, gebürtig aus Kerzenheim in der Pfalz. Er war zuletzt in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen als Angestellter tätig, wurde aber wegen Trunksucht entlassen und trat dann, weil er, wie er angibt, anderwärts Arbeit nicht finden konnte, bei der französischen Eisenbahnregie in Ludwigshafen ein, wo er täglich 12 Stunden arbeiten mußte. Durch Vermittlung eines Polen, der sich als ehemaliger preußischer Offizier ausgab, nahm er Fühlung mit den Separatisten und verkehrte viel mit dem bekannten Bischoff im Kaffee Francais, dem Hauptversammlungslokal der Separatisten in Ludwigshafen, unterstützte die separatistische Bewegung durch Reden und sonstige Propaganda, was er allerdings bestreitet. Er gibt aber zu, von einem französischen Gendarmen mit einem Revolver ausgerüstet worden zu sein. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit — den Vertretern der Presse wurde das Verbleiben im Saale gestattet — wurden hierauf die auf dem Wege der kommissarischen Vernehmung festgestellten Aussagen mehrerer Zeugen verlesen, durch welche die beiden Angeklagten Walz und Steinbrecher stark belastet wurden. Nachdem die Verlesung dieser Aussagen beendet und die Vernehmung der ersten acht Angeklagten in der Hauptsache erledigt war, zog sich das Gericht zur Beratung darüber zurück, ob die Oeffentlichkeit auch während der Aussagen des telegraphisch nach Stuttgart beorderten Sachverständigen-Zeugen, des früheren Bezirksamtmanns und jetzigen Regierungsrats Dr. Hausmann im Ministerium des Aeußern in München, der über die Vorgänge in der Pfalz während des Separatistenputsches im November vergangenen Jahres gehört werden soll, ausgeschlossen wird. Der Beschluß des Gerichtshofes lautet auf Ausschluß der Oeffentlichkeit. Es wird auch in diesem Falle den Vertretern der Presse das Verbleiben im Verhandlungssaal gestattet.

Das Urteil.

Wegen Beihilfe zum Hochverrat wurden verurteilt: Gechs zu vier Jahren Zuchthaus und vier Jahren Ehrverlust, Gietzler zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, Wild zu vier Jahren Zuchthaus und vier Jahren Ehrverlust, Gilcher zu sechs Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust, Rees zu drei Jahren Zuchthaus, Wagner zu fünf Jahren sechs Monaten und einer Woche Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, Walz zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust und Steinbrecher zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Außerdem erhielt jeder der Angeklagten eine Geldstrafe von 500 Mark. Mildernde Umstände wurden sämtlichen Angeklagten versagt, weil, wie die Begründung des Urteils ausführt, Deutsche, welche es fertig bringen, mit Hilfe des Feindes Hochverrat zu begehen und von dem unglücklichen Vaterland noch mehr Land abzutrennen und mit Hilfe des Feindes die deutsche Einheit zerstören, es verdienen, der allgemeinen Verachtung preisgegeben zu werden.

Wiederverhaftung Bozenhardts.

Berlin, 16. Mai. Der berüchtigte Kommunist Bozenhardt, der vom Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs in Stargard wegen Hochverrats gesucht, auf dem Transport von Stuttgart nach Stargard in Pommern am 3. Mai in der Lindenstraße seinen Begleitern, zwei württembergischen Polizisten, entwich und Zuflucht in dem Hause der russischen Handelsdelegation suchte und fand, konnte heute mittag von Beamten der politischen Polizei in einem Hause in der Gleditsch-Straße, wo er bei einem Mitglied dieser russischen Handels-Delegation namens Lehmann Unterschlupf gefunden hatte, ermittelt und verhaftet werden. Lehmann, sowie Bozenhardts Braut wurden wegen Begünstigung gleichfalls von der Polizei festgenommen. Die drei Verhafteten werden dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes in Stargard zugeführt werden. Die Wiederverhaftung Bozenhardts kommt im richtigen Augenblick, um die Dreistigkeiten der Sowjetpropaganda und der bolschewistischen Notenschriftstellerei zu beleuchten. Man wird dem „Vorwärts“ Wort für Wort zustimmen dürfen, wenn er heute schreibt: „Die zweite Verhaftung Bozenhardts unter so sonderbaren Umständen ist geeignet, das größte Aufsehen zu erregen. Es erhebt sich die Frage, wie es Bozenhardt gelang, unbemerkt aus dem Gebäude der russischen Handelsdelegation in die Privatwohnung des betreffenden Angestellten zu gelangen und sich dort so lange aufzuhalten. Es fällt schwer zu glauben, daß das ohne Wissen zum wenigsten einzelner Mitglieder der russischen Handelsvertretung möglich war.“ Wie die Berliner Blätter schreiben, enthielt die gestern von der russischen Regierung überreichte Note die bekannten drei Forderungen: Exterritorialität der russischen Handelsvertretung, Bestrafung der schuldigen Beamten und Entschädigung der angeblich zu Schaden gekommenen Russen. Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, wird in der russischen Note der Vorschlag der deutschen Regierung, den Konflikt in einem schiedsgerichtlichen Verfahren zu erledigen, nicht erwähnt.

Die Industriellen-Vereinigung eine völkische Schöpfung.

Berlin, 16. Mai. In einem Leitaufsatz des Herrn Dr. Maurenbrecher in der heutigen Abendnummer der „Deutschen Zeitung“ wird die verschiedentlich geäußerte Annahme, daß es sich bei der neuen Industriellen-Vereinigung um eine deutschvölkische Schöpfung handele, bestätigt. Herr Maurenbrecher setzt auseinander, die deutschnationale Fraktion hätte in ihrer Mitte „Ein ganz Teil Politiker und Industrieller, die durch die Führung des Reichsverbandes der Industrie beeinflußbar sind oder sein könnten“. Diesen gelte es zu zeigen, daß auch in der Industrie die Richtung Sorge-Bücher nicht mehr die Mehrheit hinter sich hätte. Man wird ja sehen, ob sich am Montag vormittag wirklich die Industrie in Massen, wie Herr Maurenbrecher verlangt, um den Oberfinanzrat Bang, Kutzschen Angedenkens, sammeln wird.

Ein Schiedsspruch für den Ruhrbergbau.

Berlin, 16. Mai. Nach dreitägigen Verhandlungen wurde über die Arbeitsstreitigkeiten im Ruhrbergbau am 16. Mai abends ein Schiedsspruch gefällt, dessen wesentlicher Inhalt folgender ist: 1. Der Tarifvertrag für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier vom 1. August 1922 (Rahmentarif) wurde in seinen wesentlichen Bestandteilen bis zum 30. Juni 1925 verlängert. Besonders zu vermerken ist, daß die Bestimmungen über die von den Bergleuten zu beziehende Deputatkohle unverändert bleiben und daß der Preis für einen Zentner auf 40 Pfennig festgesetzt wurde. Der Tarifvertrag ist mit 3monatiger Kündigungsfrist kündbar, läuft aber, wenn eine Kündigung nicht erfolgt, drei Monate weiter. 2. Die Arbeitszeit ist in der Weise geregelt, daß die Bestimmungen des Rahmentarifs aufrechterhalten wurden, dabei aber eine besondere Regelung der Mehrarbeit vorgenommen wurde. Die Mehrarbeit beträgt für Arbeiter unter Tage und für Arbeiter über Tage, die unmittelbar mit der Förderung zu tun haben, eine Stunde, für Arbeiter in durchgehenden Tagbetrieben beträgt die Mehrarbeit bis zu 2 Stunden. Hiervon sind allerdings diejenigen Arbeiter ausgenommen, die unter besonders schwierigen Verhältnissen arbeiten. Die Mehrarbeit wird entsprechend der geleisteten Stundenzahl vergütet, aber ohne einen besonderen Aufschlag. Diese Regelung entspricht im allgemeinen dem

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

stand, wie er einer früheren Vereinbarung entsprechend seit Monaten bestand. Diese Regelung der Mehrarbeit gilt bis zum 31. März 1925 und kann zu diesem Zeitpunkt erstmalig mit zweimonatlicher Kündigungsfrist gekündigt werden. 3. Die Unparteiischen schlugen ferner zur Beendigung der Arbeitsstreitigkeiten vor, daß sämtliche Arbeitnehmer sobald und soweit die Betriebsmöglichkeiten es gestatten, wieder eingestellt und lediglich solche Arbeitnehmer ausgeschlossen werden dürfen, die sich schwerer Verfehlungen schuldig gemacht haben. Im übrigen dürfen Maßregelungen nicht stattfinden. Die ausgefallenen Maischichten sollen im Hinblick auf die tariflichen Bestimmungen nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gelten. — Die Löhne wurden bekanntlich durch einen Schiedsspruch, der von den Arbeitnehmern angenommen wurde, kürzlich um 15 Prozent erhöht. Nachdem der Vorsitzende, Vizepräsident Dr. Hausmann, die Verhandlungen geschlossen hatte, lud der Reichsarbeitsminister die Mitglieder des Schiedsgerichtes und die Parteien nochmals zu sich und dankte ihnen für die in den dreitägigen Verhandlungen geleistete aufopferungsvolle Arbeit. Er wies auf die ungewöhnliche Bedeutung der vorliegenden Arbeitsstreitigkeiten hin und auf die furchtbare Verantwortung, die die Parteien nunmehr bei ihrer Entscheidung über den Schiedsspruch zu tragen haben. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Arbeitsfriede im Ruhrgebiet möglichst bald wieder hergestellt werde.

Berlin, 17. Mai. Zu dem für den Ruhrbergbau ergangenen Schiedsspruch teilt der „Vorwärts" mit, daß die Ruhrbergarbeiter bereits heute in einer Revierkonferenz zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen werden. Im übrigen zählt das Blatt die Vorteile auf, die den Bergarbeitern durch den Schiedsspruch erwachsen, überläßt ihnen aber die Entscheidung, über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches. Die „Rote Fahne" setzt sich für die Ablehnung des Schiedsspruches ein und fordert die Bergarbeiter auf, den Kampf um die 7-Stundenschicht fortzusetzen.

Um die Regierungsbildung.

Berlin, 17. Mai. Zu den gestrigen Besprechungen der Parteiführer der Mitte teilen die Blätter mit, daß die vertretenen Fraktionen ihre Haltung gegenüber den Deutschnationalen in der Frage der Regierungsbildung davon abhängig machen wollen, wie diese sich zu den außenpolitischen Fragen stellen werden. Dem „Lokalanzeiger" zufolge soll davon die Rede gewesen sein, daß die bürgerlichen Mittelparteien ein außenpolitisches Programm ausarbeiten, das zur Grundlage der bevorstehenden Verhandlungen mit den Deutschnationalen dienen könnte. Die Besprechungen haben weiter ergeben, daß der Gedanke der Bildung einer Fraktionsgemeinschaft der Mitte nicht durchführbar sei, nachdem die Fraktion der Deutschen Volkspartei den Gedanken als unausführbar abgelehnt habe. Die Parteiführerbesprechungen sollen am Montag fortgesetzt werden. Inzwischen werden innerhalb der einzelnen Fraktionen Beratungen stattfinden.

Verhängnisvolles Feuerwerk.

Bei der Veranstaltung des Grazer Kunstfeuerwerkers Jak, der seinen italienischen Konkurrenten Pinto aus Neapel zu einem Wettkampf im Feuerwerken herausgefordert hatte, wobei das Wiener Publikum den Schiedsrichter spielen sollte, kam es zu einem Explosionsunglück, das ein Todesopfer und sieben Verletzte forderte. Gegen Schluß der Vorstellung explodierte unter lautem Getöse ein Mörser. Das Publikum sah sich einem förmlichen Maschinengewehrfeuer ausgesetzt. Kleinere und größere Sprengstücke flogen den Leuten um den Kopf. Im nächsten Augenblick ertönten Schreckens- und Schmerzensrufe. Auf dem dichtbesuchten Ottakringer konnte nur dank der außergewöhnlichen Besonnenheit eines großen Teils des Publikums und der Wache eine Panik verhindert werden. Die sofort gerufene Rettungsgesellschaft fand bereits ein Todesopfer auf dem Platze, die 38jährige Bankbeamtenfrau Margarethe Wimmer, der die umherfliegenden Sprengstücke den Schädel gespalten hatten. Weiter wurden bisher sieben Verletzte festgestellt, darunter der Gatte der Getöteten, Norbert Wimmer, und drei bis fünf Jahre alte Kinder.

Das Programm der neuen französischen Mehrheit.

Paris, 16. Mai. Von einem Redakteur der Havasagentur über das Programm befragt, das die neue Kammer durchzuführen habe, erklärten die Abgeordneten Herriot, Painleve und Leon Blum: Das Programm der neuen Mehrheit ist ein Programm der Aussöhnung und der internationalen Verständigung, das aber die gerechten Forderungen Frankreichs nicht außer Acht lassen darf. Es ist aber auch ein Finanzprogramm, das zum Ziele hat, das Budget auszugleichen nach den Grundsätzen, die wir in der Opposition verteidigt haben, also ein Programm des Kampfes gegen die Lebensmittelteuerung und infolgedessen auch des Kampfes gegen das Sinken des Franken.

Poincares politisches Testament.

London, 16. Mai. Heute mittag hat der französische Botschafter dem englischen Ministerpräsidenten einen vier Seiten langen Brief Poincares überreicht, in dem der französische Ministerpräsident vor seinem Rücktritt noch einmal ausführlich die von ihm bisher vertretene französische Auffassung in der Behandlung der Reparationsfrage auseinandersetzt. In diesem Schriftstück betont Poincare, daß es nötig wäre, unter den Alliierten eine Einigung über die Anwendung des Dawesplanes herbeizuführen, sobald der Zeitpunkt für die Anwendung dieses Planes gekommen sei. Er widmet längere Ausführungen dem Problem der Modifikation der Ruhrbesetzung und verlangt anscheinend gegenüber dem Dawesplan erweitertes Aufsichtsrecht für diejenigen alliierten Beamten, die beauftragt werden, den Uebergang der Eisenbahnen des besetzten Gebietes von Regiewerwaltung in die deutsche Verwaltung zu überwachen. In unterrichteten Kreisen vertritt man die Auffassung, daß Poincare mit diesem Brief, der wahrscheinlich bald in London und Paris veröffentlicht werden wird, die Absicht gehabt hat, nicht nur der französischen Oeffentlichkeit eine Art von politischem Testament zu hinterlassen, sondern zugleich seinem Nachfolger in mancher Beziehung die Hände zu binden.

Alte Wahrheit.

Mephistopheles:
„. . . . Bei allen Teufelsfesten
Wirkt der Parteihaß doch am besten."
(Goethe; Faust II. 4.)

hervorragend bewährt bei
Jogal
Gicht, Rheuma, Ischias, | **Grippe, Nerven- und Kopf-Schmerzen.**
Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Klinisch erprobt. — **In allen Apotheken erhältlich.**
Bem. 64,3 Proz. Acid. acet. salic., 0600 Proz. Chinin, 12,8 Proz. Lit., ad 100 Amyl.

Wer verkaufen will, muß inserieren.

Schömberg.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zum **neuen Postamtsgebäude** für den Reichsfiskus sind auf Grund der Bestimmungen über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen von 1922, in Verbindung mit der Verfügung der Ministerien vom 18. März 1912, Reg.-Blatt Nr. 6, Seite 37, die

Grab-, Betonier-, Maurer-, Steinhauer-, Zimmer-, Dachdecker-, Schmied- und Flaschner-Arbeiten

im Submissionsweg zu vergeben.

Pläne, Arbeitsbeschrieb, Massenberechnungen und Akkordsbedingungen sind beim **Postamt in Schömberg** zur Einsicht aufgelegt und wollen schriftl. Angebote als ganze Forderung der jeweiligen Arbeiten berechnet, bis

Samstag, den 31. Mai, vormittags 12 Uhr,

bei Unterzeichnetem eingereicht werden. Der Bauherrschaft unbekannte Bewerber haben Vermögens- und Fähigkeitszeugnisse anzuschließen.

Zuschlagsfrist 14 Tage.

Calw, den 16. Mai 1924.

Im Auftrag der Oberpostdirektion:
Kohler, Architekt.

Obersäger,

im Aufteilen von Rundholz erfahren, mit allen Reparaturen vertraut, zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften sofort, spätestens bis 25. ds. Mts. erbeten.

Städt. Hochbauamt, Pforzheim.

Arnbach.
Schöne

Einstell-Schweine,
darunter bis 70 Pfd. schwer, sind heute bei mir eingetroffen.
Schweinehändler **Buchter,**
Telefon Nr. 3.
Ebenfalls habe ich eine schöne gewöhnte, 38 Wochen trächtige
Kalbin
zu verkaufen, auch tausche ich gegen **Schlachtrind oder Zuchtfarren.**
D. O.

500 Mark
auf gute Sicherheit und Verzinsung sofort aufzunehmen gesucht.
Offerten an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Birkenfeld.
Achtung!
Eine gewöhnte, hochträchtige

Kalbin
(Rotscheck) zu verkaufen
August Benini,
bei der Sonnenmühle.

Feldrennach.
Der nächste
Viehmarkt

findet hier statt am **Dienstag, den 20. ds. Mts.,** Beginn 8 Uhr früh. Die seuchenpolizeilichen Vorschriften sind einzuhalten. **Vieh und Händler aus verseuchten Gebieten sind ausgeschlossen,** ebenso Vieh aus Baden.
Gleichzeitig findet **Krämer-Markt** statt.
Den 13. Mai 1924.
Schultheißenamt.

Neuenbürg.
Seidentrikot-Jumper
in den modernsten Farben zu **12 und 15 Mark, Ledergürtel, sowie alle modernen Besatzartikel,** besonders in Spitzen und Rüschen für **Lampenschirme, Seidenbatist, Holzperlenfransen, Kordeln**
empfiehlt
Mina Dittus, Gräfenhäusersteige.

Hermann Lutz, Allein-Verkauf. **Wildbad.**
Gute Paßform! Hohe Eleganz!
MARKE SALAMANDER
Unübertroffen in Güte!
Reichhaltige Auswahl in allen Sorten
Schuh-Waren
Sport-, Jagd- und Touristenstiefel, Fabrikat Rieker, garantiert kräftige **Arbeiter-Schuhwaren, Turnschuhe, Gummi-Galoschen, Sandalen, feine Filz- und Leder-Reise-Schuhe.**
Reparaturen rasch, gut und billigst.

Rotensol.
Am **Sonntag, den 18. Mai, abends 8 Uhr,** im **Gasthaus z. „Rößle"**
Gastspiel der Tegernseer Bauern
„Die Dorfkomödianten"
Posse in 3 Akten.
Eintritt 1.— Mark.
Von nachmittags 3 Uhr ab Kinder-Vorstellung
„Haus und Gretel".
Eintritt 40 Pfg.

Die Verlobung ihrer Kinder **Maria** und **Eugen** geben bekannt
Alfred Manz u. Frau, Neuenbürg-Enz. | Wilh. Conradt u. Frau, Vaihingen-Enz.
Maria Manz
Eugen Conradt
Dipl.-Ing.
Verlobte
— Mai 1924. —

Reisedecken, Polstermaterialien, Matratzen-Stoffe, Rosshaare.

Ein wichtiger Helfer
am Aufbau des Heims
ist die Tapete.
Eine gediegene Auswahl führt das
Tapeten-Haus Karl Schönsges,
Reuchlinschulpl. 9. Pforzheim. Fernruf 3409.

Kleidersamte - - - Putzartikel

Lindener Kleider-Samt, schw., braun, grau, marine, lila, 70 cm breit, beste Qualität, ... Mtr. **11.-**
Lindener Samt, schwerste Qualität, 110 cm breit, ... Mtr. **17.-**
Lindener Wasch-Samt, einfarbig und gestreift, 70 cm breit, . . Mtr. **4.80**
Damasse-Futter, letzte Neuheiten, Mtr. v. 7.- an
Brokate in vielen Dessins, Mtr. von 7.50 an

Putzartikel, wie Lineonformen, Blumen, Reiher, Fantasie-, Strohborden usw.
Damenhüte, stets gut sortiertes Lager in allen Preislagen u. Ausführungen für alle Zwecke.
Umarbeitungen sowie Reparaturen von Damenhüten in bekannt guter Ausführung bei äußerster Berechnung.
Modistinnen und Schneiderinnen erhalten en gros-Preise.

Friedr. Dann, Pforzheim, Zerrennerstr. 12, Tel. 2764.

Neuenbürg.
Nutz- und Brennholz-Versteigerung.
Nächsten Montag abend 6 Uhr kommen für hiesige Einwohner am **Maienplatz** zum öffentlichen Verkauf:
24 Rm. Eichenholz,
15 Rm. Tannenholz.
Die **Verlosung** von Brennholz für die noch Bezugsberechtigten wird dadurch nicht berührt. — Zusammenkunft am Maienplatz.
Stadtpfleger Essich.

Forstamt Herrenalb.
Brennholz-Verkauf
am **Mittwoch, den 21. Mai 1924,** vormittags 8 Uhr, in Herrenalb auf dem Rathaus aus Staatswald Rm. 3 Papierroller, 5 Birk. Prügel, 4 Nadelh.-Schtr., 3 Buch.-Schtr. 1032 Anbruch. Losverzeichnisse werden keine ausgegeben. Das Holz wird in kleinen und großen Losen abgegeben.

Oelkuchen,
sowie
Futtermittel
aller Art liefert günstig
Otto Jung, Landesprodukte, Calw, Fernsprecher 80.

Ein ordentlicher
Junge
aus achtbarer Familie kann eintreten bei
Johannes Rothfuß,
Brot- und Feinbäckerei,
Pforzheim, Güterstraße 45.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

RICHARD WEISS
BAU & BRENNSTOFFVERTRIEB
BIRKENFELD WRTTBG.
TELEFON Nr.

liefert prompt:

Kohlen, Koks, Briketts

jeglicher Art zu vorteilhaften Preisen und Bedingungen ab Lager und Werk.

Vertreter für **Calmbach:**
Schmiedemeister Stoll.

Vertreter für **Höfen:**
Maurermeister Priemel.

Gernsbach—Herrenalb—Gaistal.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Sonntag, den 18. Mai 1924,

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in den Gasthof z. „Waldhorn" in Herrenalb

freundlichst einzuladen und bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegen zu nehmen.

Rudolf Zeltmann,
Sohn des † Karl Zeltmann, Metzgermeisters
und seine Braut
Luise Keller,
Tochter des Karl Keller, Bauunternehmers.
Kirchgang vorm. 10 Uhr in Herrenalb.

Feldrennach, den 15. Mai 1924.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt machen wir allen lieben Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß mein treubesorgter Gatte, Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager

Wilhelm Röck, Kettenmacher,

im Alter von 37 Jahren nach langem, schweren Leiden, sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Elise Röck, geb. Mohr, mit ihren 2 Kindern.
Der Vater: **Robert Röck.**

Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittag um 3½ Uhr statt.

Vor Anschaffung

eines Pianos bitten wir um unverbindliche Besichtigung unserer jederzeit grossen Auswahl

erstklassiger Pianos

in unseren Verkaufsräumen im ersten Stock. Wir führen bei bekannt billigsten Preisen nur bestbewährte Fabrikmarken, für die wir jede Garantie übernehmen und beste Referenzen nachweisen können.

Musikhaus Griessmayer, Pforzheim,
Westliche 9 beim Markt,
Piano- und Harmonium-Lager.

Electromophon,
Niederlage zu Original-Fabrikpreisen.

Ernst Renschler
Paula Renschler
geb. Priemel

Vermählte

Monakam — Höfen a. Enz

Mai 1924.

Paul Zoll, Bildhauer, Birkenfeld
empfiehlt sein Lager in
fertigen Grabsteinen.
Schnellste Lieferung. Schönste Auswahl in allen Steinarten.

Große schöne
Trikot-Reste
natur, gelb, weiß, farbig, zu Unterkleidern, Blusen, Kindersachen 2c., versendet
E. Hausch, mech. Trikotweberei, Besigheim.

Neuenbürg.

Achtung!
Großes Preiskegeln

vom 17. Mai 1924 bis 1. Juni 1924 einschl. auf der Kegelbahn zur „Rose".

Werktags, ausgenommen Samstags, kann nur bis ½8 Uhr abends gekegelt werden. Von 8 Uhr ab können auch die bereits bestehenden Kegelklubs unter sich am Preiskegeln teilnehmen.

Samstags und Sonntags von 2 Uhr ab ununterbrochen Preiskegeln.

3 Kugeln —.20 Mark.

Die sehr wertvollen Preise und Ehrenpreise können auf der Kegelbahn angesehen werden, desgl. die Regeln u. Bedingungen.
Um zahlreichen Besuch bittet
Wolfinger zur „Rose".

Neuenbürg.
Erstklassige
Wurstwaren
in reicher Auswahl empfiehlt
Ferdinand Stengele zum „Schiff".
Telefon 81.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
eichen u. Mahagoni-Schlafzimmer, Speisezimmer, Rolladen- und Diplomaten-Schreibtische, sowie Einzelmöbel
in nur erstklassiger, guter Ausführung,
alles sofort oder ganz kurzfristig lieferbar. Auch Anfertigung von gegebenen Entwürfen in jeder Holz- und Stilart zu äußerst günstigen Bedingungen, freie Besichtigung ohne jeden Kaufzwang.

Wilhelm Walz, Birkenfeld,
G. m. b. H.,
Möbel-Fabrik und Bau-Schreinerei.

Einkalk-Eier!

von frisch eingetroffenen Waggons:
schwere
Italiener — Steiermärker
(echte Beneto) (Hasenmarke)
empfiehlt zu billigsten Tagespreisen.
Wiederverkäufer und Großverbraucher Vorzugspreise.

Ludwig Haueisen, Pforzheim,
Eiergroßhandlung,
Zerrennerstraße 1. Telefon Nr. 1374.

Gewerbe-Verein
Neuenbürg.
Zu der Autofahrt ins Murgtal können noch weitere Personen angenommen werden. Anmeldungen wollen gegen Entrichtung des Fahrgeldes von 8.50 Mark bei Vorstand Gollmer gemacht werden.

Evang. Arbeiterverein
Neuenbürg.
Morgen mittag 4 Uhr
Versammlung
bei Holzapfel.

Ev. Gottesdienste
in Neuenbürg.
Sonntag, den 18. Mai,
Sonntag Cantate.
400. Jubiläumsfeier des evang. Gesangbuchs.
½10 Uhr Predigt (Psalm 96, 1—13. „Was haben wir an unserem Gesangbuch".
Dekan Dr. Megerlin.
Gemeindelied Nr. 21: „Nun lob mein Seel".
Kirchenchor: „Herr Gott, dich loben wir" und „Du, meine Seele, singe".
½2 Uhr Christenlehre (Töchter): Dekan Dr. Megerlin.
Mittwoch abend ½9 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus: Stadtvikar Eisenhut.

Patentamtlich geschützte Marke.

Tu Zapf in's Fass, Dann hast Du was!
Zapf's Mostansatz
enttäuscht nie. Sie erhalten davon immer den gleich bekömmlichen, in Güte unübertroffenen
Haustrunk.
Nährmittel-Fabrik A. ZAPF,
Zell a. H. (Baden).

Hösen a. Enz.
Billig! Billig!
Briefmappen, Aktenmappen, Geldscheintaschen, Bügeltaschen, Schulranzen, Kinderwagen, Leiterwagen, eiserne Kinderbettstellen, Patentröste, Fußmatten, Fahrräder & Zubehörteile
empfiehlt
Hermann Krämer.

Außergewöhnlich vorteilhaft!

Ungebl. Baumwolltuch etwas leichtere Ware per Mtr. 68 Pfg.
Ungebleichtes Baumwolltuch fast unverwüstlich p. Mtr. 88 Pfg.
Hemdenflanell prima fast unzerreißbar per Mtr. 88 Pfg.
Weißes Hemdentuch erstklassig per Mtr. 95 Pfg.

Versand sofort per Nachnahme von 10 ℳ an; von 20 ℳ an portofrei. Wenn nicht entsprechend, bezahle ich den Betrag zurück.
Josef Witt, Fabrikation und Versand **Weiden** (Oberpfalz).

Obernhausen.
Einen fast neuen eisernen
Wendepflug
hat zu verkaufen
Karl Seufer, Neue Gasse.

Rotenbach.
Zu verkaufen weiße,
Horn-Ziege.

Schmid, Posten 16.

Kathol. Gottesdienst
in Neuenbürg.
Sonntag, den 18. Mai.
7 Uhr Frühgottesdienst.
9 Uhr Predigt und Amt.
½2 Uhr Christenlehre und Andacht.
Mittwoch und Samstag, abends ½8 Uhr Maiandacht.

Methodisten-Gemeinde
Prediger Richter-Karlsruhe und Prediger E. Lang.
Sonntag, den 18. Mai,
Vorm. ½10 Uhr Predigt mit anschl. Abendmahl.
Nachm. 2 Uhr Liebesfest.
Mittwoch abend 8 Uhr Bibel- und Gebetstunde.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw